

Antragsbereich Y / Antrag 8

ASF Bayern

Empfänger:

Bundesparteitag

Landesparteitag

**Y8: Änderungen zum Regierungsprogramm
(Annahme)**Änderungsantrag 1

1858 Gleichberechtigung und Gleichstellung:

- 5 1859 Seit mehr als 150 Jahren ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zentrales Ziel
- 1860 unserer Politik. Sie ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige, moderne und gerechte Gesellschaft. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen
- 10 1861 Bereichen verwirklichen und ihnen die Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe ermöglichen. Eine moderne Gleichstellungspolitik ist
- 1862 eng mit guter Politik für Familien verbunden. Denn solange Familienaufgaben nach wie
- 15 1863 vor überwiegend von Frauen übernommen werden, sind es Frauen, die aufgrund ihres
- 1864 familiären Engagements berufliche Nachteile erfahren. **Die Gleichstellung von Frauen und**
- 20 1865 **Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.** Dies erfordert ein Mainstreaming in allen Bereichen der
- 1866 Politik: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik – aber
- 25 1867 auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein. Wir werden unsere Erfolge in der Gleichstellungspolitik selbstbewusst und offensiv verteidigen und die Verwirklichung der Gleichstellung vorantreiben. Nur so wird dauerhafter gesellschaftlicher Fortschritt und sozialer Zusammenhalt möglich.
- 30
- 1868 Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind. Dazu gehört, dass

die

- 35 1869 Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern beendet wird. Frauen erhalten im
- 1870 Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Wir haben in einem ersten Schritt mit
- 1871 einem Transparenzgesetz (Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen)
- 40 dieser
- 1872 Lohnungerechtigkeit den Kampf angesagt. Daneben werden wir gemeinsam mit den
- 1873 Tarifpartnern die sozialen Berufe aufwerten, in denen vor allem Frauen arbeiten. Dazu zählen
- 45
- 1874 die Berufsfelder Gesundheit, Pflege, Betreuung und frühkindliche Bildung. Wir wollen die
- 1875 verschulten Berufe möglichst bald in das duale System mit Ausbildungsvergütung und
- 50 1876 Schulgeldfreiheit bzw. in duale Studiengänge überführen.
- 1877 In einem zweiten Schritt wollen wir das Transparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickeln.
- 55 1878 Wir werden dabei
- 1879 Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben einbeziehen. Denn hier sind die meisten
- 1880 Frauen beschäftigt. Wir werden die Transparenz mit Hilfe umfassender Auskunftsansprüche
- 60
- 1881 verbessern. Wir wollen außerdem verpflichtende Prüfverfahren der Entgeltstrukturen nach
- 1882 vorgegebenen Kriterien auch schon in Unternehmen ab 50 Beschäftigten einführen. Wir wollen zusammen mit den Tarifpartnern Verfahren zur Herstellung der Entgeltgleichheit entwickeln und ein Verbandsklagerecht einführen. Wir erwarten von den Tarifpartnern, dass sie bestehende Tarifverträge auf diskriminierende Regelungen überprüfen und diese beseitigen.
- 65
- 1883 Wir motivieren junge Menschen, Berufe zu ergreifen, die nicht den hergebrachten
- 70 1884 Geschlechterklischees entsprechen. Es ist für alle ein Gewinn, wenn sich mehr Frauen für MINT-
- 1885 Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) oder einen Handwerks-

beruf entscheiden und mehr

75

1886 Männer in den Sozial- und Erziehungsberufen arbeiten. Dazu fördern wir frühzeitige

1887 Informationen in den Schulen sowie eine Berufs- und Studienberatung, die Mädchen und

80

1888 Jungen die Vielfalt der Berufe und ihre Zukunftsperspektiven aufzeigt.

1889 Mit der Frauenquote für Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen

1890 Dienst haben wir einen Kulturwandel in der Arbeitswelt eingeleitet. Führungsgremien sollen

85

1891 jeweils zu 50 Prozent mit Frauen und Männern besetzt sein. Das ist unser Ziel. Dafür benötigen

1892 wir eine Gesamtstrategie Frauen in Führungspositionen – und zwar für alle Bereiche:

90

1893 Wirtschaft und Verwaltung, Medien, Kultur und Wissenschaft. Dem Öffentlichen Dienst

1894 kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu. Wir werden daher die Frauenquote weiter steigern und

95

1895 ihren Geltungsbereich auf alle Unternehmen, auf Körperschaften des öffentlichen Rechts wie

1896 die Sozialversicherungen und auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte ausdehnen.

100

1897 Darüber hinaus wollen wir mit einem Gleichstellungsgesetz die Berufs- und Aufstiegschancen

1898 von Frauen in der Privatwirtschaft verbessern. Das ist auch im Interesse der Unternehmen, die

105

1899 auf Kompetenz und Vielfalt in den Führungsebenen angewiesen sind.

1900 Wir wollen, dass Frauen und Männer auch in Parlamenten auf allen Ebenen gleichberechtigt

110

1901 beteiligt sind. Wir werden verstärkt Frauen ansprechen und für politische Beteiligung

1902 gewinnen.

- 115 1903 Leben frei von Gewalt und Diskriminierung:
- 1904 Wir kämpfen gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt. Die
- 1905 Rechte von Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt wollen wir weiter stärken. Die
- 120 1906 Ratifizierung der „Istanbul-Konvention“ (Istanbul-Konvention des Europarates zur Verhütung
- 1907 und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) ist ein Meilenstein. Als
- 125 1908 weiteren Schritt fordern wir einen dritten Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung
- 1909 von Gewalt gegen Frauen (nach 1999 und 2007). Wir brauchen einen individuellen
- 130 1910 Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer. Das gilt auch für geflüchtete Frauen und
- 1911 Mädchen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Das Hilfesystem aus Beratungsstellen,
- 135 1912 Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen soll ausgebaut und weiterentwickelt
- 1913 werden. Keine Hilfesuchende darf aus finanziellen Gründen oder aus Platzmangel abgewiesen
- 140 1914 werden. Mit einem Bundesförderprogramm setzen wir die erforderlichen Maßnahmen im
- Hilfesystem in
- 1915 Gang. Um Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Ansätzen zu bekämpfen, brauchen
- 145 1918 wir zudem ein Präventionsprogramm.
- 1916 Eine Koordinierungsstelle auf Bundesebene soll die Umsetzung der Istanbul-Konvention
- 1917 überwachen.
- 150 1918
- 1919 Wir nehmen auch Gewalt gegen Männer sehr ernst. Auch Männer, die Opfer von häuslicher
- und
- 155

1920 sexualisierter Gewalt geworden sind, benötigen Hilfsangebote. Wir werden daher

1921 entsprechende Maßnahmen in den Aktionsplan aufnehmen.

160 1922 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist vor zehn Jahren in Kraft getreten. Wir

1923 werden es weiterentwickeln. Hierfür stärken wir die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und

165 1924 weiten den Anwendungsbereich des AGG auf staatliches Handeln aus. Zudem wollen wir ein

1925 Verbandsklagerecht im AGG verankern.

170 1926 Tagtäglich werden wir mit überkommenen Rollenbildern, mit Sexismus in Sprache, Medien

1927 und Werbung konfrontiert. Wir werden dem Sexismus den Kampf ansagen. Deshalb wollen wir

175 1928 sicherstellen, dass der Werberat konsequent gegen Sexismus vorgeht und die bisherigen Instrumente evaluieren . Wenn notwendig,

1929 werden wir gesetzliche Maßnahmen ergreifen.

180

Änderungsantrag 2

185 391 Wir wollen Existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung ermöglichen. Die arbeitnehmerfeindliche und immer weiter ausufernde Verbreitung von „Arbeiten auf

392 Abruf“ werden wir eindämmen. Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen und

190 393 Beschäftigten auf Basis des DGB-Modells den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen. Die

394 Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Wo reguläre

195 395 Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden.

405 Digitale Arbeit gestalten:

200 416 betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind. Ein wichtiger Baustein ist
417 hierbei das Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit
418 zurückzukehren. Vor allem Frauen sind von der sogenannten Teilzeitfalle betroffen. Dies wirkt
205 419 sich vor allem bei der Rente aus. Wir werden ihnen die Möglichkeit geben, die Planung über
420 Karriere und Berufsleben selbst in der Hand zu behalten.

210

Einfügen von neuem Abschnitt:

„Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

215 Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeit beschäftigt. Die Benachteiligungen
von Frauen auf dem Arbeitsmarkt führen im Lebensverlauf zu einer Rentenlücke von 54 Prozent.
Das wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb wollen wir Existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer
Beschäftigung. Wir wollen das Teilzeit- und Befristungsgesetz reformieren – vor allem hinsicht-
220 lich der Regelungen zum Recht auf befristete Teilzeit (Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit), der
Vergütung von Überstunden, der Teilhabe an Qualifizierungsmaßnahmen und der betrieblichen
Bewertungssysteme. Dazu gehört auch, dass Beschäftigte familiäre Sorge und Weiterbildung
miteinander vereinbaren können. Die Übernahme von Führungsaufgaben auch in Teilzeit muss
selbstverständlicher werden.“

225

Änderungsantrag 3

230

-

914 Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt gibt es noch viele Menschen, die über einen
235 915 längeren Zeitraum arbeitslos sind. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und
916 werden deshalb öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen. Das Bundesprogramm

„Soziale

- 240 917 Teilhabe“ werden wir als Regelleistung in das Sozialgesetzbuch II übernehmen. Alle Angebote
- 918 der Arbeitsförderung müssen so ausgestaltet werden, dass sie es auch Männern und Frauen
- 919 mit Familienaufgaben ermöglichen, erfolgreich daran teilzunehmen. Für Alleinerziehende
- 245 920 machen wir gezielte Angebote. Zur Verbesserung der Chancen von langzeitarbeitslosen Frauen wollen wir die bewährten Beauftragten für Chancengleichheit auch im SGB II verankern. Auch für Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von
- 250 921 Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf aktivierende Leistungen nach dem SGB II
- 922 haben, werden wir in Zukunft Weiterbildungsangebote machen.
- 923 Die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen.
- 255 924 Außerdem werden wir das Schonvermögen im SGB II verdoppeln.